

Karlsruhe, im Dezember 2007

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe finden Sie u.a. ein Lehrbeispiel zum Thema Machtpolitik geht vor Sachpolitik (Einrichtung eines zusätzlichen sechsten Dezernats), eine Chronologie über den langen Weg bis zur Entscheidung über den Umbau des Wildparkstadions sowie Informationen über die Aktivitäten der SPD-Fraktion in den vergangenen Monaten.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen besinnliche und erholsame Festtage sowie ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2008!



Doris Baitinger  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak  
Fraktionsgeschäftsführer

## Machtpolitik setzt sich durch – 6. Dezernat kommt

Machtpolitik geht vor Sachpolitik. So lässt sich die jüngste Entscheidung zur Schaffung eines zusätzlichen sechsten Dezernats durch die Stimmen des OB, der CDU, FDP, KAL und des Einzelstadtrats Kunz umschreiben. Blenden wir vier Jahre zurück. 2003 hatten der OB, CDU und FDP das sechste Dezernat abgeschafft und damit verhindert, dass Baubürgermeisterin Heinke Salisch (SPD) bis zur Erreichung der Altersgrenze im Rathaus arbeiten kann. Damals wurde die Entscheidung u.a. mit Sparzwängen begründet und damit, dass die Verwaltung schlanker gemacht und Aufgaben nach unten delegiert werden sollen. Einige Zitate von damals:

- „Die Einsparung eines Dezernats ist neben den aktuellen finanziellen Gründen auch eine logische Folge des Gesamtumstrukturierungsprozesses. Zusätzlich gibt sie eine bedeutsame Signalwirkung für Führungskräfte, Mitarbeiterschaft und Bürgerinnen und Bürger.“ (Stellungnahme der Verwaltung)
- „Dass wird ein Dezernat reduzieren, erscheint mir logisch und konsequent. Die Zahl der Dezernate ist nach der Gemeindeordnung eine Frage der Zweckmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit – und sonst nichts.“ (OB Fenrich)
- „Wenn wir Personal einsparen, wenn wir Aufgaben nach unten verlagern, dann muss sich dies auch oben in der Verwaltungsspitze, d.h. hier im Klartext: im Bürgermeisteramt, auswirken.“ (CDU-Stadtrat Weick)
- „Es geht um Dezernatsköpfe. Ich meine, das weiß nun wirklich jeder, dass dort, wo Spitzen sind, sich bestimmte Tätigkeiten ansammeln – Verteiltätigkeiten, die in dem Moment, wo dieser Overhead weg ist, natürlich auch entfallen oder anderweitig gemacht werden können.“ (FDP-Stadtrat Obert)

Die Argumente von einst sind vom Tisch. Karlsruhe braucht ein zusätzliches Dezernat, während andere Großstädte in Baden-Württemberg Dezernate abschaffen. Begründen kann diesen „Karlsruher Weg“ keiner so recht von den Befürwortern. Die Verwaltung ist bemüht, Gründe zu liefern: Die Zahl der Bürgerversammlungen steige ständig (Es sind im Durchschnitt 2 pro Jahr!) und die Zahl der OB-Vertretungen sei seit 2003 um 93 gestiegen (Bei einem sechsten Bürgermeister hätte jeder Bürgermeister rund vier Termine weniger im Jahr!).

Nur KAL-Chef Lüppo Cramer, dessen Fraktion mit einem Antrag alles ins Rollen gebracht hat, ist ehrlich: „Die kleinsten Fraktionen – im Moment die FDP und wir – hätten bei fünf Dezernaten überhaupt keine Chance, einen Bürgermeister zu stellen“ (BNN vom 13.11.2007). Es geht also nicht um eine notwendige und erforderliche Reorganisationen der Stadtverwaltung durch ein zusätzliches Dezernat, sondern allein darum, dass die kleinen Fraktionen auch eine Chance haben, auf der Bürgermeisterbank vertreten zu sein. Doch genau hier liegt der Verstoß gegen Geist und Buschstaben der Gemeindeordnung: Diese sieht vor, dass bei der Festlegung der Zahl der Beigeordneten ausschließlich organisatorische und nicht politische Zweckmäßigkeiten zu berücksichtigen sind.

Die Schaffung eines zusätzlichen sechsten Dezernats hat unterm Strich nur einen einzigen Grund: Der FDP auch nach dem Ausscheiden von Ullrich Eidenmüller im Frühjahr 2008 weiterhin einen Bürgermeisterposten zuschanzen zu können. Bekanntlich steht Michael Obert, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, in den Startlöchern – das kostet den Karlsruher Steuerzahler rund 500.000 Euro im Jahr.

## Umbau Wildparkstadion unter Dach und Fach - Chronologie einer unendlichen Geschichte -



Böse Zungen in Karlsruhe lästerten bereits: Würde der KSC in der 1. Bundesliga so schlecht spielen, wie die Karlsruher Stadtverwaltung und die KSC-Verantwortlichen ihre Verhandlungen über den Umbau des Wildparkstadions führen, wäre der Abstieg unvermeidlich. Doch allen Unkenrufen zum Trotz hat der Gemeinderat nach vielen Monaten zähen Ringens zwischen Stadt und KSC am 13. November 2007 endlich den Weg für den Umbau des Stadions freigemacht.

1955 er baut, wird seit vielen Jahren über eine Modernisierung des Stadions diskutiert. Doch erst 2004/2005 vor dem Hintergrund der sportlichen und finanziellen Konsolidierung des Vereins in der 2. Liga nehmen die Planungen konkrete Formen an. Im März 2006 verkünden Stadt und KSC den Umbau zu einer 35.000 Zuschauer fassenden reinen Fußballarena. Bauherr soll der KSC sein. Während seines Wahlkampfes beteuert Oberbürgermeister Heinz Fenrich (CDU) „der KSC ist finanziell für den Umbau verantwortlich“. Nach seiner Wiederwahl am 2. Juli 2006 räumt der KSC ein, dass er das Projekt finanziell nicht stemmen kann; Fenrich selbst schlägt den Stadionumbau unter finanzieller Verantwortung der Stadt vor.

Im Februar 2007 fasst der Gemeinderat einen entsprechenden Grundsatzbeschluss. Über die Höhe und die Modalitäten der Mietzahlungen durch den KSC kommt es in der Folge jedoch zu keiner Einigung. Über mehrere Monate hinweg streiten sich beide Parteien und fordern sich über die Presse regelmäßig gegenseitig dazu auf, sich zu bewegen. Auch die für die Abwicklung aller Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Stadionbetrieb beschlossene Betriebsgesellschaft kommt in die Diskussion. Nach Angaben des KSC droht die Deutsche Fußball-Liga (DFL) mit der Verweigerung der Lizenz.

Mitte Juli macht OB Fenrich – während sich der KSC im Trainingslager befindet – auf einer Pressekonferenz neue mit den Fraktionen und dem Sportbürgermeister Harald Denecken (SPD) nicht abgestimmte Vorschläge. Der KSC fühlt sich brüskiert und lehnt ab. Die SPD-

Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger kritisiert daraufhin heftig die Alleingänge des Stadtoberhauptes.

Der 2. September 2007 markiert den Höhepunkt der mittlerweile bundesweit fast zur Posse verkommenen Diskussion um den Stadionumbau. Die gute Stimmung nach dem Heimsieg über den VfB Stuttgart nutzend, verkündet Fenrich zusammen mit KSC-Präsident Hubert H. Raase den Durchbruch. Kernpunkt des Kompromisses ist eine erfolgsabhängige Miete. Eine entsprechende schriftliche Vereinbarung wird jedoch wenige Tage später vom KSC mit der Begründung widerrufen, der Verein könne in der 2. Liga maximal 2,25 Mio. Euro an Miete bezahlen. Präsident Raase erklärt darüber hinaus, er sei von Fenrich quasi zur Teilnahme an der Pressekonferenz „genötigt“ worden. OB Fenrich zeigt sich verärgert und erklärt, dass „die Chancen auf einen neuen Wildpark schwinden“.

Die Rückkehr an den Verhandlungstisch ebnet KSC-Verwaltungsratsmitglied und Karlsruher IHK-Präsident Bernd Bechtold. Auf der Mitgliederversammlung des KSC Mitte Oktober gibt er bekannt, dass auf seine Vermittlung hin Ministerpräsident Oettinger eine weitere Million an Landeszuschüssen zugesagt hat. Kurzfristig einigt man sich darauf, diese zusätzliche Million dafür einzusetzen, dem KSC über 10 Jahre hinweg 100.000 Euro jährlich an Miete zu erlassen. Der endgültige Durchbruch ist geschafft – am 13. November stimmt eine große Mehrheit der Vereinbarung zu. Ein Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der größtmögliche Transparenz für die Berechnung der Miete sowie Sicherungen für die Mietzahlungen vorsieht, wird angenommen. Baubeginn soll Juni 2009 sein, fertig wäre das neue Stadion dann Ende 2010.

Die Freude über die Einigung ist groß. Doch ein mulmiges Gefühl bleibt. Die Stadt trägt das volle Risiko. Spielt der KSC oben, fließt die Miete; kommt er ins Straucheln, bleibt die Stadt auf ihren Kosten sitzen.

### Eckpunkte der Vereinbarung Stadt-KSC:

- Die städtische „Fächer“ GmbH baut, unterhält und vermietet das 58 Mio. Euro teure Stadion (11 Mio. vom Land, 30 Mio. von der Stadt plus fünf Mio. Eigenkapital- aufstockung der „Fächer“ sowie 12 Mio. Kreditaufnahme durch die „Fächer“).
- In der 1. Liga zahlt der KSC 35 Prozent, in der 2. Liga 40 Prozent der Eintrittsgelder als Stadionmiete an die „Fächer“ GmbH. Erwartet werden Einnahmen zwischen 2,5 und 3,6 Mio. Euro. Die Höchstmiete wird auf 3,7 Mio. Euro begrenzt.
- Die Stadt zahlt an die „Fächer“ einen Jahreszuschuss für den Stadionbetrieb in Höhe von 1,6 Mio. Euro.
- Die Betriebsgesellschaft entfällt. Zur Berechnung der Miete erhält die Stadt ein Einsichtsrecht in die entsprechenden Bücher, Konten und Belege des KSC.
- Die vierteljährlich ausgezahlten TV-Gelder werden als Sicherheit für die Mietzahlungen herangezogen.

## SPD bedauert Buga-Entscheidung

Die SPD-Gemeinderatsfraktion bedauert, dass Karlsruhe nicht den Zuschlag für die Bundesgartenschau (Buga) 2015 erhalten hat. Gleichzeitig gratuliert sie der Havelregion und wünscht für die Ausrichtung viel Erfolg.

Die SPD war es, die nach dem überraschenden Rückzug von Osnabrück eine neue Chance für eine Bewerbung Karlsruhes gesehen hat und dies mit einem entsprechenden Antrag im Gemeinderat im November 2006 untermauert hat. Die Bewerbung war deshalb nicht zuletzt ihrer raschen Initiative zu verdanken. Allerdings, so die SPD, sei es besser im Wettstreit zu unterliegen, als überhaupt nicht den Mut aufzubringen, den Hut in den Ring zu werfen. Damit erinnern die Sozialdemokraten an die Entscheidung von 2003, als eine Mehrheit von CDU und FDP aus fadenscheinigen Gründen eine erfolgversprechende Bewerbung Karlsruhes für die Buga 2015 verhindert hat.

Nach Überzeugung der SPD trägt die CDU auch für das heutige Scheitern ein gutes Maß an Verantwortung. Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger: „Die erneute Ablehnung der Buga-Bewerbung Anfang 2007 im Gemeinderat durch die CDU als größte Fraktion hat sicherlich die Erfolgsaussichten für die heutige Entscheidung nicht verbessert.“

Für die SPD bedeutet die Niederlage jedoch auch die Chance, die neu entstehenden finanziellen Spielräume zu nutzen, um für die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger wichtige Projekte schneller zu realisieren. Die SPD-Fraktionschefin denkt dabei insbesondere an die schnellere Realisierung von investiven Maßnahmen wie z.B. den Zoo und die Sanierung von Karlsruher Schulen.

Klar ist aber auch, dass einzelne Bausteine der Buga-Bewerbung, wie z.B. der Landschaftspark Rhein und der Rheinauenerlebnispark verwirklicht werden.

## SPD fordert Konzept für Stadtgeburtstag

Da Karlsruhe nicht den Zuschlag für die Bundesgartenschau 2015 erhalten hat (siehe Bericht oben) fehlt dem Stadtgeburtstag das zentrale Projekt, was neue umfangreiche Planungen erforderlich macht. Ziel dieser Planungen muss neben einer aussagekräftigen, farbigen Präsentation der Stadt Karlsruhe ein attraktives Konzept für die Feierlichkeiten von und mit den Bürgerinnen und Bürgern sein. Zur Erarbeitung eines „Konzepts Stadtgeburtstag 2015“ muss jetzt eine Arbeitsgruppe auch unter Einbeziehung vorhandener Initiativen, wie z.B. der Bürgergartenschau (Büga), ins Leben gerufen werden.

Deshalb hat die SPD folgenden Antrag zur Behandlung im Gemeinderat gestellt:

1. Es wird eine Arbeitsgruppe „Stadtgeburtstag 2015“ bestehend aus Vertretern der Fraktionen sowie Mitarbeitern u.a. des Gartenbauamtes, des Kulturamtes und vom Stadtmarketing gebildet.
2. Die Arbeitsgruppe erarbeitet ein Konzept, wie und mit welchen Projekten der 300. Stadtgeburtstag im Jahre 2015 gefeiert wird.

## SPD AKTIV

### Informationsgespräche und Besichtigungen der SPD-Fraktion von Oktober bis Dezember:

#### Oktober:

- Besichtigung der Feuerwehr-Hauptwache
- Besichtigung des Hauptfriedhofes
- Besichtigung Kleinseeäcker (Bericht siehe unten)

#### November:

- Gespräch in der Oststadt (Bericht siehe unten)
- Gespräch mit dem Behindertenbeirat
- Gespräch mit dem Frauenwohnprojekt Karlsruhe

#### Dezember:

- Gespräch mit dem Rektor der Universität Karlsruhe Prof. Dr. Hippler
- Gespräch mit dem Geschäftsführer im Technologiepark Karlsruhe Thomas Lüdtko
- 1. Kulturpolitisches Forum der SPD-Fraktion (ausführlicher Bericht folgt)

## Vor Ort in Kleinseeäcker



Um sich ein Bild von den Verhältnissen vor Ort zu machen, besuchte die SPD-Gemeinderatsfraktion eine der sozialen Randsiedlungen in Karlsruhe – die Kleinseeäckersiedlung. Die Siedlung wurde im Jahr 1968 erbaut und 1988 durch die Volkswohnung von der Stadt Karlsruhe übernommen. Insgesamt besteht die Siedlung aus 62 Wohnungen. 150 Personen verteilen sich dabei auf 25 Haushalte. Rund ein Drittel der Bewohner sind Kinder- und Jugendliche unter 18 Jahren, davon allein 39 unter 14 Jahren.

Der ehemalige AWO-Vorsitzende Franz Hoß sowie die amtierende Vorsitzende Stadträtin Angela Geiger erläuterten die schwierige Wohn- und Lebenssituation in der Siedlung. Dabei gingen sie insbesondere auf die Problematik der dort lebenden Kinder- und Jugendlichen ein,

die kaum Chancen auf eine normale Schullaufbahn und damit auf ein geregeltes (Berufs-) Leben haben. Auf dem anschließenden Rundgang, an dem auch der Geschäftsführer der Volkswohnung Reiner Kuklinski teilnahm, wurden den SPD-Stadträten die Schwachpunkte der Siedlung eindrucksvoll vor Augen geführt. So fehlt es u.a. an Türen zur Sicherung der Treppenhäuser, an Fahrradständern und an ausreichender Außenbeleuchtung. Bemängelt wurde darüber hinaus, dass die Zufahrtswege zur Siedlung und die Abstellplätze in der Siedlung immer öfter von Mitarbeitern von Firmen aus Oberreit zugeparkt werden und dass andere Fremdparker sogar ihren Sperrmüll auf dem Parkplatz abladen. Sehr verärgert zeigte sich die Fraktion darüber, dass der Ballfangzaun zur Absicherung des Kinderspielplatzes vom benachbarten Bolzplatz trotz Zusage der Verwaltung auf einen SPD-Antrag im April diesen Jahres bislang nicht installiert wurde.

Bei der abschließenden Aussprache sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger zu, dass sich ihre Fraktion den Missständen in Form von Gemeinderatsanträgen und Briefen an das Bürgermeisteramt sowie an die Volkswohnung annehmen wird. Von der Volkswohnung erhielt die SPD bereits die Zusage, dass die Anstellung eines nebenberuflichen Hausmeisters ernsthaft geprüft wird, um die Siedlung dauerhaft in einem besseren Zustand zu halten. Ein weiterer Vor-Ort-Termin von Angela Geiger mit dem Leiter von Bürgerservice und Sicherheit hat inzwischen stattgefunden. Die SPD wird weiter auf Verbesserungen der Wohnsituation drängen.

## Vor Ort in der Oststadt

Zu einer Diskussion über die Zukunft der Oststadt nach dem Ende des Sanierungsprozesses hatte die SPD-Fraktion und der SPD-Ortsverein Oststadt zahlreiche Institutionen eingeladen. Bei der Zusammenkunft wurde vor allem die Entwicklung auf dem Schlachthofgelände angesprochen. In diesem Zusammenhang gab es von der Fraktionsvorsitzenden Doris Baitinger eine klare Absage für eine mögliche Bebauung des Messplatzes.

Der Vorsitzende der Karlsruher Bürgervereine, Prof. Wolfgang Fritz, lobte die gute Entwicklung in der Oststadt mit Hilfe des Sanierungsprogramms „Soziale Stadt“. Es sei gelungen, zahlreiche soziale Projekte in Gang zu setzen. Vertreter von Institutionen aus der Oststadt forderten, dass ihr Stadtteil nicht zur einer „Schlafstadt“ verkommen dürfe. Die SPD-Fraktion versprach, sich auch weiterhin für eine gute Zukunft der Oststadt einzusetzen.

## Die SPD-Fraktion Karlsruhe



**Doris Baitinger**  
**Dr. Heinrich Maul**  
**Ute Müllerschön**  
**Ursula Paepcke**  
**Hans Pfalzgraf**  
**Heike Backes**

**Elke Ernemann**  
**Angela Geiger**  
**Natascha Roth**  
**Gisela Fischer**  
**Michael Zeh**  
**Thomas Müllerschön**



**wünscht Ihnen schöne Weihnachten und ein gutes Neues Jahr 2008**